

# Riefaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Direktions-Geschäft: Riefaer Tageblatt  
Herrnstr. Nr. 20.

Das Riefaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des  
Rates der Stadt Riefa, des Finanzamts Riefa und des Hauptzollamts Riefa, sowie des Gemeinderates Gröba.

Polstschiff: Dresden 1530  
Großstraße Riefa Nr. 52.

Nr. 136.

Donnerstag, 14. Juni 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für Juni 6500.— Mark einschl. Bringerlohn. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 30 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Spalten) 350.— Mark; jeztraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Nachweisungs- und Vermittlungsgebühren 300.— Mark. Keine Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontour gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riefa. Achtstündige Unterhaltungszeitung „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langert & Winterlich, Riefa. Geschäftsstelle: Westhofstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riefa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riefa.

## Außenspieler.

Wenn man die Presse der Entente ernstlich verfolgt, so hat man den Eindruck, als werde die Politik der Zeit nicht von verantwortungsbewussten Männern geführt, sondern von hysterischen Frauenzimmer, die sich gegenseitig Sänen mögen und sich willenlos von Launen und Stimmungen treiben lassen. Und doch steht hinter dem Getriebe und Geschlebe in den beiden Hauptstädten der Entente ein ernsthaftes Ringen von Macht zu Macht, das auf der einen Seite, der englischen, sich allerdings in die Formen bedächtigender Vorherrschaft kleiden muß, denen der Schwächere nur einmal unterworfen ist. Mit erstaunlicher Rücksichtlosigkeit hat der französische Gesandte in London erklärt, daß die sehr empfindliche französische Republik nun einmal Widerspruch in Bezug auf die Rubrikfrage nicht ertragen könne, und die hinter ihm stehende Presse hat in großen Tönen die Musik zum Text gemacht. Anzwischen hat die Spanisch-Agentur, also das amtliche französische Nachrichtenbüro, einen Bericht über die englische Kabinettsitzung veröffentlicht, der die Stimmung in Frankreich noch mehr aufreißt, zumal dieser Bericht durchaus im Einklang mit den Londoner Veröffentlichungen stand. Nach dem Inhalte dieses Spanisch-Berichts schien England wieder einmal, wie so oft unter Lloyd George, den Versuch machen zu wollen, in vornehmer Form zu etwas wie einem kleinen, mit Frankreichs Absichten schlecht zu vereinbarenden Standpunkt vertreten zu wollen. Daraus hätte sich wieder einmal ein Konflikt entwickelt, dessen Lösung um soundsovielten Male nur der Bruch der Entente oder — ein neuer offensichtlicher Umfall Englands hätte sein können. Erbrecht über diese plötzliche Zuspitzung der Lage läßt London nun alles demontieren und unter Verdrehung eines Wortnebens über die Tatsachen feststellen, daß „endgültige“ Beschlüsse überhaupt nicht gefaßt seien.

So geht denn das Suchen nach der erlösenden Formel weiter. Immer wenn die Möglichkeit klarer Entscheidung zu fehlen scheint, stellt sich zur rechten Zeit die erlösende Formel ein, die tatsächlich bestehende Gegensätze für kurze Zeit überbrückt und auf Kosten des in völliger Währungs- und Wirtschaftsaufhebung zugrunde gehenden Deutschen Reiches die Pariser und Londoner Staatsmänner der Welt in bengalischer Beleuchtung tiefer Herzensbeinträchtigung zeigen soll.

Es muß objektiv zugegeben werden, daß England augenblicklich vor eine der schwersten und bedeutungsvollsten Aufgaben gestellt ist, die seine an diplomatischen Verwicklungen überreiche Geschichte vielleicht je aufzuweisen gehabt hat. Das Bewußtsein der vielleicht nie wieder gut zu machenden Folgen lastet dabei aber sehr stark auf dem englischen Kabinett und auf den Meinungsäußerungen der englischen Zeitungen und läßt die Presse im Untergrund der in der Entwicklung begriffenen Kompromißlösung nicht froh werden. Es setzt sich dies hauptsächlich in den immer mehr an Bedeutung gewinnenden grundsätzlichen Erörterungen über die Lage, die Schuld an der völligen Verfallung der politischen und wirtschaftlichen Fäden und die Wege ins Freie. Mit Grauen stellen die „Times“ fest, daß Europa nun vier Jahre lang unter improvisierten Entscheidungen gelitten habe, und daß keine Lösung unter Umständen besser gewesen wäre, als die vielen, in immer neue Wirren hineinführenden Augenblicksentscheidungen. Lloyd George, der reumütig Schuldige an dieser Entwicklung, bekommt von den „Times“, der alten Schulmeisterin der englischen Politik, in diesem Zusammenhange gründlich den Text gelesen. Das doch gerade dieser belehrte Staatsmann in den lauteften Tönen die These verkündet, daß Deutschland alles zahlen müsse und zwar im Jahre des Unheils 1919, als er gut Wetter für die Wahlen machte und bei den Friedensverhandlungen Englands Machtstellung durch gänzliche Preisgabe des deutschen Festlandbesitzes unheilbar erschütterte. Nun legen die klugen Herren des Kabinetts in nichtabsehender Beratung bestimmen und bemühen sich, die Quadratur des Reparationskreises zu finden. Wie lange dies Außerspieler, in welchem Italien auffällig eng an die Seite Englands rückt und Belgien, von der Furcht zu Frankreich, von der Neigung zu Großbritannien getrieben wird, wie lange dieses Spiel noch amüsiert soll, läßt sich schwer abschätzen. Deutschland hat inzwischen Zeit, sich innerlich stark zu machen. Offensichtlich nützt es die Kanzlererklärungen über den passiven Widerstand, der nicht Reglerungs- sondern Volkswache ist, die erneuten Tapferkeitsbetreibungen der vergewaltigten Bevölkerung, welchen den richtigen Weg, der, dem gallischen Blutgeschmeißel in Dortmund zum Trotz, weiter beschritten werden muß.

## Um die englisch-französische Verständigung.

Auf Grund der gestrigen Mitteilung des Foreign Office an den französischen Botschafter schöpfen die Pariser Blätter neue Hoffnungen im Hinblick auf eine öffentliche Verständigung zwischen Paris und London. Der „Matin“ gibt der Erwartung Ausdruck, daß die endgültige Entscheidung des englischen Kabinetts so aussieht, daß sie nicht Herausforderung gegenüber der französischen Politik darstellt. Es sei möglich (?!), daß Lord Curzon es für angebracht hält, Deutschland nicht nur den einmütigen Willen der Verbündeten, daß der passive Widerstand aufhöre, mitzuteilen, sondern ihm gleichzeitig in großen Zügen die Lösung des Reparationsproblems zuzustellen.

Die Londoner „Westminster Gazette“ schreibt, das britische Kabinett sei nicht in der Lage gewesen bisher irgend eine Politik festzusetzen, verjage aber eine Formel zu finden, die sowohl Frankreich als Deutschland als Verhandlungsgrundlage annehmen könnten. Dies sei, wie klar ersichtlich, die richtige Linie im gegenwärtigen Augenblick. Die Lage werde aber nicht hoffnungslos, wenn vorzuschlagen

werde, daß England sich der Außenpolitik Frankreichs anschleife, da England der Ansicht sei, daß diese Politik gescheitert sei und zwar noch kläglich werde scheitern müssen. Wenn von England irgend welche Vorschläge gegenüber Deutschland gemacht werden sollten, so müsse Frankreich das deutsche Reparationsangebot als erstklassigen Versuch zur Lösung des Problems betrachten. Sollte eine solche vorläufige Vereinbarung unmöglich sein, so wäre es Sache des britischen Kabinetts, eine eigene Politik zu beinhalten. Das Blatt hofft indessen, daß ein derartiger Schritt nicht notwendig sein werde.

## Eine englische Erklärung erst nächste Woche zu erwarten.

Unter dem Vorbehalt von Baldwin wurde gestern eine Kabinettsitzung zur weiteren Vorbereitung der Reparationsfrage abgehalten. Eine Erklärung über die britische Politik wird nicht vor der nächsten Woche erwartet. Die Ansicht herrscht vor, daß es unmittelbar notwendig sei, eine Entscheidung zu erreichen, und daß alle Mittel angewandt werden müßten, um eine Uebereinkunft zu erzielen, die eine Einigung auf den von den Alliierten verfolgten Richtlinien ermöglichte. Zwischen den alliierten Hauptstädten finde ein lebhafter Verkehr statt. Da Frankreich die Frage des deutschen passiven Widerstandes zum wichtigsten Verhandlungspunkt gemacht habe, verjage Großbritannien in Erfahrung zu bringen, was Frankreich unter einem Verzicht, dem passiven Widerstande ein Ende zu machen, verstehe und ob eine gemeinsame Politik eingeführt werden könnte, die für beide Länder vorteilhaft wäre.

Das Parlamentsmitglied Bugton wird den Premierminister heute im Unterhause fragen, ob ihm bekannt sei, daß ein großer Teil der öffentlichen Meinung in England gegen jede Erklärung der britischen Regierung sein würde, die eine Billigung der französisch-belgischen Forderung des Ausgabebetages bedeuten würde, ferner ob irgend eine derartige Erklärung beabsichtigt sei, und wenn ja, ob das Unterhaus Gelegenheit haben werde, die Frage zu erörtern, bevor eine solche Erklärung erfolge.

## Die italienische Antwort.

In Rom verlautet, daß die italienische Note auf das deutsche Memorandum am Donnerstag übergeben werden könne. Sie würde betonen, daß die deutsche Note weit hinter dem zurückbleibe, was hätte erwartet werden dürfen. Die italienische Antwortnote werde wahrscheinlich anerkennen, daß die neue deutsche Note in ihrer minder großen Schärfe einen bedeutenden Fortschritt auf dem Wege zu einer Lösung bedeute.

## Amerikas Bereitwilligkeit zu Reparationsbesprechungen.

In Paris liegen Meldungen aus Washington vor, wonach das Staatsdepartement seine Bereitwilligkeit zu einer Teilnahme an einer internationalen Aussprache über das Reparationsproblem kundgegeben und erklärt habe, eine entsprechende Einladung würde in Washington auf günstige Aufnahme rechnen können.

## Der Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten.

(Stimmungsbild aus dem Reichstag.)

Der Kampf um das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten hat ausgedehnt. Im Gesundheitsausschuß ist so tüchtige Arbeit geleistet worden, daß am Mittwoch im Plenum Gegenstände kaum noch ausgleichend waren. Das Gesetz, dessen wichtigste Auswirkung die Aufhebung der Polizeiaufsicht bildet, hat über ein Jahr lang die Gemüter beschäftigt. Umso erfreulicher war man über den ruhigen und sachlichen Verlauf der Reichstagsitzung, die erst dann eine lebhaftere Färbung annahm, als der Deutschnationale Dr. Neuhaus mit scharfen Worten die Agitation der „Naturheilkundigen“ gegen das Salvarian geißelt, die in der letzten Zeit eine höchstbedauerliche Form angenommen habe. Das Gesetz wird angenommen und als Einführungsdatum der 1. Oktober in Aussicht genommen.

Nach der Vorlage können die Regionalbehörden Personen, die dringend verdächtig sind, geschlechtskrank zu sein und die Krankheit weiter zu verbreiten, einem Polizeiarrest unterwerfen und auch in ein Krankenhaus bringen lassen. Hier ist auch die Anwendung unmittelbaren Zwanges zulässig. Bewährte Verbreitung von Geschlechtskrankheiten wird mit Gefängnis bis zu 3 Jahren bestraft, sofern nicht eine härtere Strafe verhängt ist. Wer geschlechtskrank ist und trotzdem eine Ehe eingeht, wird mit Gefängnis bestraft. Die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein. Die Unterhaltung von Bordellen wird als Ruppel angelehnt. Nachträglich ist die neue Ergänzung zum Verordnungsgebot auf die Tagesordnung gesetzt worden.

Präsident Vorbe teilte mit, daß vom Beamtenbunde der Freien Stadt Danzig dem deutschen Generalkonsulat in Danzig 25 Millionen Mark als vorläufiger Betrag einer Sammlung für die Ruhrhilfe übermiesen worden sei. Der Bund knüpfte daran die Versicherung, daß er immer bereit sein werde, zur Verringerung der Not seiner Stammesgenossen beizutragen. Unter lebhaftem Beifall sprach der Präsident den Spendern den Dank des Reichstages aus. Der Gesetzentwurf über die Verlagerung der Weinsteuern wurde dem Ausschusse über die vorübergehende Abschaffung oder Aufhebung von Zöllen wurde in allen drei Lesungen angenommen. Die Roselle zum Weinverkaufsgesetz und die Entwurfe einer Mineralwasser-, Lebensmittel-, Zündwaren- und Salzsteuer sowie des Zuckersteuergesetzes wurden dem Steuerentschusse überwiesen.

Die neue Besoldungsordnung für die Beamten wurde nach dem Vorschlag des Ausschusses in zweiter und dritter Lesung angenommen. Ein sozialdemokratischer Antrag, der zu Gunsten der unteren Besoldungsgruppen die Staffelung ändern will, wurde abgelehnt, ebenso ein ähnlicher Antrag der Kommunisten.

## Verstärkter Belagerungszustand in Döcht.

Infolge der Belagerung der Stadt Döcht am Main, die offenen Bahnhofsübergangsstellen bewachen zu lassen und für das Verlassen der Straßen auf den militärischen Strecken Sorge zu tragen, ist vom Kreisdelegierten über die gesamte Gemeinde Döcht der verstärkte Belagerungszustand verhängt worden. Dem Bürgermeister ist angeordnet worden, daß er vor ein Kriegsgericht gestellt wird. Seitens der Stadtverwaltung sind zur Aufrechterhaltung der Ruhe und öffentlichen Ordnung Maßnahmen getroffen worden. Die Geschäftsinhaber wurden aufgefordert, in diesen Tagen keine Preisserhöhungen vorzunehmen. Außerdem ist eine Nationalisierung der Abgabe von Lebensmitteln erfolgt.

Nach Mitteilung des Koblenzer Bezirksdelegierten ist für einen Monat die Einreise von unbefestigten in das besetzte Gebiet verboten worden; nur in dringenden Ausnahmefällen, zum Beispiel bei Todesfällen, soll Einreiseerlaubnis erteilt werden. Im allgemeinen macht sich eine zunehmende Verdrängung in der Donaubahnung der von den Besatzungsbehörden erlassenen Verordnungen bemerkbar.

Die Besatzungsorgane haben im Gebiet von Mainz-Kastel, Mainz-Rothheim und auf den Straßen nach Döcht heimlichen Auto- und Fahrradverkehr bei Tage und bei Nacht und für die Zeit zwischen 8<sup>1/2</sup> Uhr abends und 5 Uhr morgens jeglichen Verkehr überhaupt verboten.

## 42 Millionen Mark Reichsbankgelder geraubt.

In die Reichsbankstelle in Wetzmann drangen in der vergangenen Nacht drei maskierte Räuber ein und zwangen unter Drohungen den Reichsbankdirektor zur Lieferung der Treasors. Den Räubern fielen 42 Millionen Mark in die Hände.

## Französische Uhrenräuber.

Am 11. Juni erschienen mittags 2 Uhr in dem Geschäft der Witwe Schrems in der Altneuecker Straße in Offen drei französische Soldaten und wüthlichen Uhren zu kaufen. Es wurden ihnen eine Umarmung, eine gewöhnliche Mitteluhr und eine dazu passende Kette gegeben und der Betrag von 323.000 Mark verlangt. Einer der Soldaten legte einen Hundertmarkschein auf den Tisch, worauf die drei eilhaft das Geschäft verließen. Die Tochter folgte ihnen. Sie wurde mit dem Seitengewehr bedroht.

## Entführung eines fünfjährigen Kindes.

Bei dem in Offen-Rellinghausen befindlichen Vahntischmacher Schloffer erschien gelegentlich der Belagerung des Bahnhofs ein französischer Offizier in Begleitung von fünf Soldaten und beschlagnahmte ein Zimmer mit der Erklärung, daß es mit einer Wache belegt werde. Bei dieser Gelegenheit wurde das fünfjährige Söhnchen des Schloffer von den Soldaten mitgenommen. Die Rückkehr des Kindes ist bisher noch nicht gemeldet. Es sind Schritte beim Roten Kreuz zur Verfolgung des Falles eingeleitet worden.

## Der Streik in Oberschlesien flaut ab.

Die die Morgensitzungen melden, flaut der Streik in Oberschlesien ab. Ueber die Hälfte der Belegschaften der Eisenbahnwagen-Hauptwerkstatt und der Eisenbahnlok-motiven-Werkstatt nahm vorgeritten die Arbeit wieder auf. Die Huldskinstwerke und die Oberschlesische Eisenindustrie fordern die Arbeiterkassette durch Anschlag zur Arbeitsaufnahme auf, andernfalls sei entlassen werden würde.

Nach dem Volksblatt haben die Arbeiter der Delbrück-Schächte und der Guido-Schachte die Arbeit wieder aufgenommen.

## Der Hochverratsprozess in München.

Im weiteren Verlauf des Prozesses Fuchs-Wachhaus macht der Zeuge Kautzer Mitteilungen über seine Zusammenkünfte mit Fuchs und Wachhaus. Er habe aus seinen Besprechungen mit diesen den Eindruck gewonnen, daß beide damit rechneten, daß Freiwilligeninformationen nur mit Betrug zu gewinnen seien. Von einer Bekämpfung des Volkswissens sei wohl gesprochen worden, aber als Grund für die Aktion sei sie nicht genannt worden. Zwei Leumundsbeweisen schilderten darauf die Verhältnissen des Angeklagten Fuchs. Herr Professor Dr. Lantenschammer bemerkte, daß die Einstellung des Fuchs von jeder durchaus national gewesen sei, und daß er kurz nach Ausbruch des Krieges unter Erscheinungen schwerer Gemüthsdepressionen in ein Sanatorium gekommen sei. Er habe nur idealen Zielen nachgetrebt und sich dabei für einen großen Praktiker gehalten, ohne seine Schwächen einzusehen. Ein ähnliches Urteil fällt auch der zweite Leumundzeuge, der Direktor der Staatlichen Münzsammlung, Universitätsprofessor Dr. Habich, der Fuchs seit 40 Jahren kennt. Nach Meinung der Zeugen ist Fuchs von dem überlegenen Intellekt Dr. Käßles und von dem starken Temperament des Wachhaus mit fortgerissen worden.

Als letzter Hauptzeuge im Prozess Fuchs wurde Regierungsdirektor a. D. Schäfer vernommen. Der Zeuge machte folgende Angaben: Er sei Vorsitzender des Bundes „Freie Oberland“ gewesen. In München habe ihm Hauptmann Brendel mitgeteilt, daß auf Veranlassung von Wachhaus eine Art Mobilmachung der vaterländischen Verbände betrieben worden sei. Er, Schäfer, habe Hauptmann Brendel erklärt, daß die Mobilmachung sofort rückgängig gemacht werden müsse, da nach seiner Ansicht die vaterländischen Verbände nicht dazu da seien, sich von Dritten in Abenteuer führen zu lassen. Der Zeuge erzählt dann, wie er mit Fuchs und Wachhaus bekannt geworden und durch eine Heuerung des Wachhaus stübig geworden sei. Dieser habe erklärt, für seine Gelandung der deutschen Verbände dürfe kein Tropfen bayerischen Blutes vergossen werden. Aus dieser Heuerung habe er geschlossen, daß Wachhaus vielleicht Absichten verfolgte, die nicht im gesamtdeutschen Interesse lägen.